



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 24. April 2012

PRESSEMITTEILUNG

Rechnungshof legt Jahresberichte 2012 vor: Erhebliche Mehreinnahmen und Minderausgaben möglich

"Wir als Rechnungshof sehen unsere Aufgaben in schwierigen Zeiten der Haushaltsnotlage nicht nur darin, die Verwaltung auf die Einhaltung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hin zu kontrollieren, sondern auch darin, einen Beitrag zur Identifizierung von möglichen Minderausgaben und Mehreinnahmen zu leisten", so die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Bettina Sokol, anlässlich der Vorstellung der Jahresberichte 2012 für Land und Stadt. "Mit unseren Prüfungsfeststellungen in diesem Jahr", so Bettina Sokol weiter, "können wir Wege aufzeigen, wie Bremen eine Entlastung des Haushalts um jährlich mehr als 10 Millionen Euro realisieren kann, teilweise durch Einsparungen und teilweise durch Geltendmachung zustehender Einnahmen."

Allein die Ergebnisse von vier Prüfungen des Rechnungshofs im letzten Jahr mit den Schwerpunkten Verwaltungsorganisation und Personaleinsatz zeigen, dass Bremen schon mit wenigen Maßnahmen bei einer anderen Aufgabenorganisation und einem genaueren Umgang mit tarifrechtlichen Bestimmungen jährlich insgesamt bis zu knapp drei Millionen Euro weniger Personalausgaben leisten müsste. Dies ergibt sich aus Einsparmöglichkeiten von schon zehn Stellen in zwei - sogar besonders kleinen - untersuchten Einheiten, aus dem Einsatz vergleichsweise teurer Polizeivollzugskräfte auf Verwaltungsdienstposten und aus ungerechtfertigt hohen Einstufungen neuer eingestellter Tarifbeschäftigter.

Ebenfalls auf der Seite der Einnahmen kann Bremen noch Potenziale erschließen. So ergab eine Überprüfung und Hochrechnung der Grundsteuererhebung, dass in mindestens 40.000 Fällen die Steuern auf der Basis veralteter Einheitswerte erhoben wurden. "Würden diese Werte den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend aktualisiert, könnte Bremen Grundsteuern in einer Größenordnung von etwa sechs Millionen Euro zusätzlich im Jahr einnehmen," regt die Präsidentin an und ergänzt: "Wir haben auch Vorschläge dafür unterbreitet, wie dies trotz personeller Engpässe bewerkstelligt werden kann."

Finanziell nachteilige Folgen für Bremen haben auch fehlende oder nachlässige Eigenkontrollen sowie unwirtschaftliches Vorgehen der Verwaltung, wie die Berichte an weiteren Beispielen deutlich machen. Sokol: "Die Konsolidierung der Bremischen Haushalte kann nur mit konsequenter Disziplin gelingen. Was Bremen sich aus öffentlichen Mitteln leisten kann, bedarf bei den großen wie bei den kleinen Summen strengster Prüfung, denn Bremen braucht jeden Cent."